



Cloudvertrag

Vertrag über Cloudleistungen



Cloudvertrag

Vertrag über Cloudleistungen

zwischen

Bundesdruckerei GmbH
Kommandantenstr. 18
10969 Berlin

Vertragsnummer: /

"Auftraggeber"

und dem im Zuschlagsschreiben namentlich bezeichneten Unternehmen

Vertragsnummer: /

"Auftragnehmer"

wird folgender Vertrag geschlossen:

Präambel

Die Bundesdruckerei Gruppe leistet mit ihrer Digital- und Sicherheitskompetenz als Technologieunternehmen des Bundes einen Beitrag für die digitale Souveränität Deutschlands und Europas. Der Auftraggeber ist ein Unternehmen der Bundesdruckerei-Gruppe.

Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit Zuschlagserteilung mit der Erbringung von Leistungen nach Maßgabe dieses Vertrages und seiner Anlagen.

1 Gegenstand der Leistungen

1.1 Vertragsgegenstand

Gegenstand des Vertrages sind folgende Cloudleistungen:

Bereitstellung einer cloudbasierten Lieferantenmanagement-Suite (SaaS) einschließlich Implementierung, Konfiguration, Integration, Migration, Schulung, Betrieb, Support sowie Exit-Leistungen nach näherer Maßgabe von **Anlage 1** und **Anlage 7**.

Die Nutzung der vertragsgegenständlichen Cloudleistungen erfolgt ausschließlich zu internen Geschäftszwecken des Auftraggebers sowie konzernverbundener Unternehmen im Sinne der §§ 15 ff. AktG („Internal Use“). Eine Nutzung zum Zwecke der gewerblichen Weiterveräußerung, Vermietung, Bereitstellung als Service für Dritte oder sonstigen kommerziellen Verwertung gegenüber Dritten ist nicht Vertragsgegenstand.

Abweichend von Ziffer 1.2 der EVB-IT Cloudbedingungen schuldet der Auftragnehmer keine Einhaltung des Cloud Computing Compliance Criteria Catalogue – C5 (Basiskriterien) in der jeweils geltenden Fassung, sofern und soweit dieser nicht als KANN-Kriterium Bestandteil des Angebots des Auftragnehmers war. Die in Ziffer 1.2 geregelten Verpflichtungen des Auftragnehmers im Hinblick auf C5 (Basiskriterien), einschließlich etwaiger Nachweis-, Anpassungs- oder Zertifizierungspflichten sowie hierauf bezogener Sonderkündigungsrechte des Auftraggebers, finden insoweit keine Anwendung.

1.2 Vertragsbestandteile

Es gelten als Vertragsbestandteile:

1.2.1 dieser Vertragstext mit den folgenden Anlagen:

Anlage Nr.	Bezeichnung	Datum/Version	Anzahl Seiten
1	Leistungsbeschreibung		



Cloudvertrag

Anlage Nr.	Bezeichnung	Datum/Version	Anzahl Seiten
2	Verhaltenskodex für Geschäftspartner		
3	Vertraulichkeitsvereinbarung		
4	Sicherheitsbestimmungen, bestehend aus:		
4.1	Sicherheits- und Umweltschutzregeln für externe Dienstleister		
4.2	Sicherheitsvereinbarung		
5	Vereinbarung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten		
6	Fragebogen für Zulieferer		
7	Ausgefüllte Bewertungsmatrix des Auftragnehmers		
8	Angebotsschreiben		
9	Preisblatt		
10	sofern einschlägig, die Antworten des Auftraggebers auf die während des Vergabeverfahrens gestellten Bieterfragen/"Bieterinformation"		

☒ Es gelten die Anlagen in folgender Rangfolge 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10.

1.2.2 die Ergänzenden Vertragsbedingungen für Cloudleistungen (EVB-IT Cloud-AGB) in der bei Bereitstellung der Vergabeunterlagen geltenden Fassung

1.2.3 und danach die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Bereitstellung der Vergabeunterlagen geltenden Fassung

1.2.4 und danach

☒ die nachfolgenden auftragnehmerseitigen AGB zu Art und Umfang der Cloudleistungen (zusammen Anlage Nr. ____)

Bezeichnung	Datum/Version	Anzahl Seiten

☐ die auftragnehmerseitigen AGB gemäß „Anlage zur Einbeziehung auftragnehmerseitiger AGB“, dort „I. Anhang zum EVB-IT Cloudvertrag“

Wirksam einbezogen sind die vorgenannten auftragnehmerseitigen AGB* zu Art und Umfang der Cloudleistungen auch, insoweit sie einen dynamischen Änderungsvorbehalt vorsehen, soweit die Änderungen nicht zum Nachteil des Auftraggebers sind.

Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber über beabsichtigte Änderungen der auftragnehmerseitigen AGB mindestens drei Monate vor deren Wirksamwerden in Textform. Der Auftraggeber kann der Änderung innerhalb von sechs Wochen ab Zugang der Information widersprechen, wenn die Änderung für ihn nachteilig ist; in diesem Fall gilt die Änderung als nicht vereinbart. Können sich die Parteien innerhalb von weiteren drei Monaten nicht auf eine



Cloudvertrag

einvernehmliche Regelung einigen, hat der Auftraggeber das Recht, das Vertragsverhältnis hinsichtlich der betroffenen Leistungen außerordentlich zum Wirksamwerden der Änderung zu kündigen.

Eine Einbeziehung der auftragnehmerseitigen AGB* zu Art und Umfang der Cloudleistungen erfolgt nur nachrangig gegenüber allen anderen Regelungen und nur, soweit sie allen anderen vertraglichen Regelungen weder entgegenstehen noch diese beschränken.

Abweichend hiervon gelten hinsichtlich einzelner konkreter Anforderungen entsprechende auftragnehmerseitige AGB*-Regelungen zu Art und Umfang der Cloudleistungen vorrangig zu den EVB-IT Cloud AGB, soweit dies in der Anlage zur Einbeziehung von auftragnehmerseitigen AGB*, dort „II Anhang zum Kriterienkatalog“ in Bezug auf die hier aufgeführten Kategorien ausdrücklich vereinbart ist.

Weitere auftragnehmerseitige AGB* sind ausgeschlossen, unabhängig davon, ob sie in diesen Vertrag einbezogen wurden oder nicht.

Die EVB-IT Cloud-AGB stehen unter evb-it.gov.de zur Einsichtnahme bereit. Die VOL/B wurde im Bundesanzeiger AT Nr. 178a vom 23. September 2003 veröffentlicht.

Für alle in diesem Vertrag genannten Beträge gilt einheitlich der Euro als Währung. Die vereinbarten Vergütungen verstehen sich zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer, soweit Umsatzsteuerpflicht besteht.

Die mit * gekennzeichneten Begriffe sind am Ende der EVB-IT Cloud-AGB definiert.

1.2.5 Rangfolge der Nutzungsrechtsregelungen

Vereinbarte Nutzungsrechte gelten in folgender Rangfolge:

- Rechtegelungen des Auftraggebers gemäß Anlage Nr. 1 ([Leistungsbeschreibung](#))
- Ziffer 14 EVB-IT Cloud-AGB
- [Der Auftraggeber ist berechtigt, die Leistungen auch durch mit ihm verbundene Unternehmen im Sinne der §§ 15 ff. AktG nutzen zu lassen. Die Nutzung erfolgt im Rahmen der vereinbarten Nutzungsparameter und begründet keine eigenen Ansprüche der verbundenen Unternehmen gegen den Auftragnehmer.](#)
- die Nutzungsrechtsregelungen aus den auftragnehmerseitigen AGB* zu Art und Umfang der Cloudleistungen die gemäß Nummer 1.2.4 einbezogen wurden. Diese gelten aber nur, soweit sie den sonstigen vertraglichen Regelungen weder entgegenstehen noch diese beschränken.

2 Überblick über die vereinbarten Leistungen

- ☒ Besondere initiale Leistungen (Setup)
- ☒ Software as a Service* (SaaS*)
- ☐ Platform as a Service* (PaaS*)
- ☐ Infrastructure as a Service* (IaaS*)
- ☐ Managed Cloud Services* (MCS*)
- ☒ Leistungen bei Vertragsende
- ☒ Sonstige Leistungen

3 Gegenstand der Leistungen

Art, Umfang und Termine der zu erbringenden Leistungen ergeben sich aus der folgenden Tabelle (Termin- und Leistungsplan):



Cloudvertrag

3.1 Leistungen gemäß Ziffer 1.1 EVB-IT Cloud-AGB

Lfd. Nr.	Produkt/Leistung: (Produkt- und Leistungsbeschreibung und/oder Verweis auf Kriterienkatalog(e) für Cloudleistung in Anlage Nr. 3)	Menge	MVD ¹	Beginn ²	Ende/Termin ³	Abweichende Kündigungsfrist in Monaten ⁴	Automatische Verlängerung um Anzahl Monate ⁵	Monatlicher Preis oder, abweichendes Preismodell gemäß Anlage ⁶
1	Bereitstellung einer cloudbasierten Supplier-Management-Suite (SaaS) einschließlich Implementierungs-, Betriebs- und Exit-Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung (Anlage 1, Anlage 7)	1	36 Monate	Zuschlagserteilung	96 Monate	3		Preisblatt

3.1.1 Das Recht zur ordentlichen Kündigung steht ausschließlich dem Auftraggeber zu. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

3.1.2 Die wiederkehrende SaaS-Vergütung gemäß Ziff. 3.1 dieses Vertrags wird in voller Höhe mit der Teilabnahme des ersten Moduls gemäß Ziff. 3.5.4 dieses Vertrags zur Zahlung fällig und ab diesem Zeitpunkt jährlich im Voraus abgerechnet. Kann eine klare Abgrenzung einzelner Module nicht erfolgen, beginnt die SaaS-Vergütung einheitlich mit der Gesamtabnahme. Die Abgrenzbarkeit der Module und ihr Anteil an der Gesamtfunktionalität werden im Projektplan gemäß Ziff. 3.6.2 dieses Vertrags verbindlich festgelegt. Die erbrachten Implementierungsleistungen werden gesondert nach Maßgabe von Ziff. 3.2.1 dieses Vertrags vergütet.

3.1.3 Solange noch nicht alle vereinbarten Module produktiv abgenommen sind, mindert sich die laufende SaaS-Vergütung anteilig nach dem Anteil der nicht abgenommenen Module an der Gesamtfunktionalität, wenn deren Produktivsetzung sich um mehr als 30 Kalendertage über den im Projektplan gemäß Ziffer 3.6.2 vereinbarten Termin verzögert und der Auftragnehmer die Verzögerung zu vertreten hat. Die Minderung gilt bis zur Teilabnahme des betroffenen Moduls und wird mit der nächsten Vorauszahlung verrechnet oder als Rückerstattung ausgekehrt. Die Vertragsstrafe nach Ziffer 3.6.3 sowie weitergehende Ansprüche bleiben unberührt, auf einen etwaigen Schadensersatzanspruch wird die Minderung angerechnet.

Fußnote	Erläuterung
1	MVD = Mindestvertragsdauer
2	wenn keine Vorgabe für Beginn, dann Feld leer lassen. In diesem Fall gilt der Vertragsschluss als Beginn.
3	z.B. festes Datum ggf. mit Uhrzeit oder „nach 48 Monaten“ (wenn Vertrag unbefristet, dann Feld leer lassen)
4	Wenn abweichend von Ziffer 20.1 der EVB-IT Cloud-AGB
5	Die Leistungsdauer verlängert sich um die vereinbarten Monate, wenn sie nicht mit einer Frist von drei Monaten zum Laufzeitende gekündigt wird.
6	Hier Einbeziehung eines Preisblattes möglich, insbesondere bei abweichendem Preismodell



Cloudvertrag

3.2 Einmalige Leistungen

3.2.1 Initiale Leistungen

3.2.1.1 Art und Umfang der initialen Leistung

- ☒ Der Auftragnehmer schuldet initiale Leistungen zur Herbeiführung der Betriebsbereitschaft*.
 - ☒ Einzelheiten gemäß Anlage Nr. 1.
 - ☐ Die Leistungen werden nicht auf der Grundlage dieses Vertrages erbracht, sondern im Rahmen eines gesonderten Vertrages gemäß Anlage Nr. ____.
- ☐ Weitere Regelungen zur initialen Leistung gemäß Anlage Nr. ____.

3.2.1.2 Vergütung der initialen Leistung

Die initialen Leistungen werden nicht gesondert vergütet, soweit nicht nachfolgend abweichend geregelt:

- ☐ Die Vergütung für die initialen Leistungen erfolgt zu einem Pauschal festpreis in Höhe von ____ Euro.
- ☒ Die Vergütung für die initialen Leistungen: ~~erfolgt nach Aufwand gemäß Kategorie(n)~~ Die Vergütung der initialen Leistungen erfolgt nach Aufwand auf Basis der im Preisblatt (**Anlage 9**) festgelegten Stundensätze. Leistungen werden ausschließlich auf gesonderte Beauftragung in Textform durch den Auftraggeber erbracht. Die im Preisblatt angegebenen Aufwände stellen unverbindliche Schätzwerte dar und begründen keine Abnahmeverpflichtung. ~~aus Nummer 5.1~~
 - ☐ mit einer Obergrenze in Höhe von ____ Euro.

3.2.2 Sonstige einmalige Leistungen

3.2.2.1 Art und Umfang der sonstigen Leistungen

- ☒ Der Auftragnehmer erbringt die in Anlage Nr. 1 beschriebenen sonstigen Leistungen.

3.2.2.2 Vergütung der sonstigen Leistungen

- ☐ Die Vergütung für die sonstigen Leistungen erfolgt zu einem Pauschal festpreis in Höhe von ____ Euro.
- ☒ Die Vergütung für die sonstigen Leistungen: ~~erfolgt nach Aufwand gemäß Kategorie(n)~~ Die Vergütung der sonstigen Leistungen erfolgt nach Aufwand auf Basis der im Preisblatt (**Anlage 9**) festgelegten Stundensätze. Sonstige Leistungen werden ausschließlich auf gesonderte Beauftragung in Textform durch den Auftraggeber erbracht. ~~aus Nummer 5.1~~
 - ☐ mit einer Obergrenze in Höhe von ____ Euro.

3.2.3 Leistungen bei Vertragsende

3.2.3.1 Art und Umfang der Leistungen bei Vertragsende

- ☒ Der Auftragnehmer ist gemäß Ziffer 13.2 EVB-IT Cloud-AGB im zumutbaren Umfang zur Erbringung von Leistungen verpflichtet, die erforderlich sind, um einen neuen Auftragnehmer oder den Auftraggeber in die Lage zu versetzen, die Leistungen zu übernehmen.
- ☒ Abweichend/ergänzend von bzw. zu Ziffer 13.2 EVB-IT Cloud-AGB schuldet der Auftragnehmer im Zusammenhang mit dem Vertragsende folgende Leistungen:
 - Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber bei Vertragsende bei der Migration der Daten und der Überführung auf ein Folgesystem im zur ordnungsgemäßen Überführung erforderlichen Umfang zu unterstützen.
 - Die Daten sind in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format bereitzustellen.
 - Die Bereitstellung der Daten erfolgt unentgeltlich.
 - Die hierfür erforderlichen Unterstützungsleistungen werden für einen Zeitraum von bis zu 6 Monaten nach Vertragsende erbracht.
 - Soweit diese Leistungen über die unentgeltliche Bereitstellung der Daten hinausgehen, erfolgt die Vergütung nach den im Preisblatt (**Anlage 9**) festgelegten Stundensätzen.



Cloudvertrag

3.2.3.2 Vergütung der Leistungen bei Vertragsende

- ☐ Die Vergütung der Leistungen bei Vertragsende erfolgt zu einem Pauschalpreis in Höhe von _____ Euro.
- ☒ Die Vergütung der Leistungen bei Vertragsende: ~~erfolgt nach Aufwand gemäß Kategorie(n)~~ **Die Vergütung der Leistungen nach Vertragsende erfolgt nach Aufwand auf Basis der im Preisblatt (Anlage 9) festgelegten Stundensätze. Leistungen werden ausschließlich auf gesonderte Beauftragung in Textform durch den Auftraggeber erbracht. Die im Preisblatt angegebenen Aufwände stellen unverbindliche Schätzwerte dar und begründen keine Abnahmeverpflichtung. _____ aus Nummer 5.1**
 - ☐ mit einer Obergrenze in Höhe von _____ Euro.

3.3 Leistungen auf Abruf

Die Leistungen gemäß Nummer 3.2.1, 3.2.2 und 3.2.3 (hier Nummer 3.1 lfd. Nr. X oder Nummer 3.2.2 eintragen) werden auf Abruf erbracht.

- ☐ Der Mindestvorlauf für den Abruf beträgt _____ (Stunden/Tage).
- ☐ Die geschätzte Abnahme beträgt _____ (Menge) pro _____ (z.B. Vertragsmonat/Vertragsquartal/Vertragsjahr/Vertragslaufzeit); die Höchstmenge bzw. der Höchstwert beträgt _____ (Menge/Euro).
- ☐ Die vereinbarte Mindestabnahme beträgt _____ (Menge) pro _____ (z.B. Vertragsmonat, Vertragsquartal, Vertragsjahr, Vertragslaufzeit).

Der Auftraggeber ist nicht zum Abruf verpflichtet. Dies gilt nicht für die hier ggf. vereinbarte Mindestabnahme.

3.4 Ticketsystem

- ☐ Für die Meldung, Klassifizierung und Bestätigung von Störungen*, sonstigen Meldungen und Anfragen sowie die Beobachtung und Überwachung des Bearbeitungsfortschritts verwenden die Parteien das Ticketsystem
 - ☐ des Auftragnehmers,
 - ☐ des Auftraggebers,welches
 - ☐ unter der Web-Adresse _____ erreichbar ist.
 - ☐ wie folgt zur Verfügung gestellt wird:

3.5 Abnahme der Implementierungsleistungen

3.5.1 Die im Rahmen der Einführung und Implementierung der Cloudlösung zu erbringenden Leistungen unterliegen einer förmlichen Abnahme durch den Auftraggeber. Die laufenden Cloudleistungen (SaaS-Betrieb) unterliegen keiner Abnahme.

3.5.2 Der Auftragnehmer zeigt die Abnahmebereitschaft schriftlich an, sobald die vereinbarten Implementierungsleistungen im Wesentlichen vertragsgemäß erbracht wurden.

3.5.3 Die Abnahme erfolgt auf Grundlage der in der Leistungsbeschreibung (Anlage 1), der Bewertungsmatrix (Anlage 7) sowie den mit dem Angebot (Anlage 8) eingereichten Konzepten des Auftragnehmers definierten Testfälle und Abnahmekriterien. Kritische Testfälle werden vor Beginn der jeweiligen Testphase einvernehmlich zwischen den Parteien festgelegt, die Auswahl bedarf der Zustimmung des Auftraggebers in Textform. Ein Modul gilt als abnahmefähig, wenn alle als kritisch definierten Testfälle erfolgreich durchgeführt wurden.

3.5.4 Der Auftraggeber ist berechtigt, Teilabnahmen für einzelne Module oder klar abgrenzbare Leistungsteile durchzuführen. Teilabnahmen stehen einer Gesamtabnahme gleich, soweit die jeweiligen Leistungsteile in sich abgeschlossen und funktionsfähig sind. Eine Teilabnahme bezieht sich ausschließlich auf das abgenommene Modul oder den abgenommenen Leistungsteil und nicht auf das Zusammenwirken mit anderen Modulen oder mit den Systemen des Auftraggebers. Nach Fertigstellung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt geschuldeter Module und Schnittstellen erfolgt eine Gesamtabnahme, die das vertragsgemäße Zusammenwirken aller Leistungsbestandteile als Gesamtsystem (Gesamtfunktionalität) feststellt. Mängel, die sich erst im Zusammenwirken der Module oder im Betrieb des Gesamtsystems zeigen und bei der jeweiligen Teilabnahme nicht erkennbar waren, können bis zur Gesamtabnahme als wesentliche Mängel i.S.v. Ziff 3.5.6 dieses Vertrags geltend gemacht werden und berechtigen zur Verweigerung der Gesamtabnahme. Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beginnt für modulbezogene Mängel mit der jeweiligen Teilabnahme, für Mängel an der Gesamtfunktionalität mit der Gesamtabnahme.

3.5.5 Über jede Abnahme und Teilabnahme ist ein Abnahmeprotokoll in Textform zu erstellen, das mindestens den Leistungsgegenstand, das Datum, festgestellte Mängel sowie die Abnahmeerklärung oder die Begründung



Cloudvertrag

einer Abnahmeverweigerung enthält. Das Abnahmeprotokoll ist von beiden Parteien zu mittels digitaler Signatur unterzeichnen.

3.5.6 Die Abnahme darf nur bei Vorliegen wesentlicher Mängel verweigert werden. Wesentlich ist ein Mangel, der die bestimmungsgemäße Nutzung eines Moduls oder eine vereinbarte Schnittstelle verhindert oder erheblich einschränkt. Unwesentliche Mängel berechtigen nicht zur Verweigerung der Abnahme, sind jedoch im Rahmen einer Mängelliste innerhalb einer angemessenen Frist durch den Auftragnehmer zu beseitigen.

3.5.7 Erfolgt innerhalb von 30 Kalendertagen nach Anzeige der Abnahmebereitschaft und nach einer Erinnerung des Auftragnehmers in Textform 7 Werktage vor Ablauf der Frist keine begründete Abnahmeverweigerung, gilt die Leistung als abgenommen.

3.5.8 Mit der jeweiligen (Teil-)Abnahme beginnt die Gewährleistungsfrist für die betreffenden Implementierungsleistungen. Mängel an den laufenden SaaS-Leistungen können während der gesamten Vertragslaufzeit nach Maßgabe von Ziff. 18 EVB-IT Cloud-AGB gerügt werden.

3.6 Meilensteine der Implementierung und Vertragsstrafe

3.6.1 Der Auftragnehmer beginnt die Implementierungsphase spätestens 6 Wochen nach Zuschlagserteilung.

3.6.2 Die Parteien vereinbaren in den ersten 4 Wochen der Implementierungsphase einen detaillierten Projektplan mit verbindlichen Meilensteinen und einem Zieltermin für die Produktivsetzung aller Module, der 12 Monate nach Zuschlagserteilung nicht überschreitet.

3.6.3 Verzögert sich die Produktivsetzung eines Moduls aus dem Auftragnehmer zu vertretenden Gründen um mehr als 4 Wochen über den vereinbarten Zieltermin hinaus, wird eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,2% der jährlichen SaaS-Vergütung gemäß Ziff. 3.1 dieses Vertrags je angefangener Verzugswoche und je betroffenem Modul fällig. Die Vertragsstrafe ist insgesamt auf 5% der jährlichen SaaS-Vergütung gedeckelt. Weitergehende Schadenersatzansprüche bleiben unberührt; die Vertragsstrafe wird auf einen etwaigen Schadenersatzanspruch angerechnet.

3.7 Updates, Aktualisierungen, Upgrades

3.7.1 Über die Verpflichtungen aus Ziff. 2.1.2 bis 2.1.5 EVB-IT Cloud-AGB hinaus stellt der Auftragnehmer dem Auftraggeber während der Vertragslaufzeit sämtliche Major Releases, Minor Releases, Patches und Hotfixes der vertragsgegenständlichen Software ohne gesonderte Vergütung zur Verfügung und installiert diese in der Cloudinfrastruktur des Auftraggebers. Die Funktionalitäten der Software entsprechen während der gesamten Vertragslaufzeit dem für die Software jeweils aktuellen, allgemein verfügbaren Programmstand des Auftragnehmers.

3.7.2 Sicherheitsrelevante Updates und Patches zur Behebung kritischer Schwachstellen installiert der Auftragnehmer unverzüglich, spätestens innerhalb von 72 Stunden nach Verfügbarkeit eines geeigneten Patches.

3.7.3 Der Auftragnehmer hält die zugrunde liegenden technischen Komponenten (Betriebssysteme, Datenbanken, Frameworks, Bibliotheken) während der gesamten Vertragslaufzeit auf vom jeweiligen Hersteller mit Sicherheitsupdates versorgten Versionsständen.

3.7.4 Major Release im Sinne dieses Vertrages ist ein Release mit wesentlichen funktionalen Erweiterungen oder Architekturänderungen, Minor Release ein Release mit Funktionserweiterungen ohne Architekturänderungen, Patch/Hotfix ein Release zur Behebung von Fehlern oder Sicherheitslücken. Im Zweifel entscheidet die Bezeichnung des Auftragnehmers in seiner Releasedokumentation, sie ist im Reporting gemäß Ziff. 9 EVB-IT Cloud-AGB auszuweisen.

3.8 Verfügbarkeit und Service Level

3.8.1 Abweichend von Ziffer 8.3 EVB-IT Cloud-AGB ist die Betriebszeit i.S.v. Ziff. 8 EVB-IT Cloud-AGB Montag bis Freitag von 9:00 bis 17:00 Uhr (MEZ/MESZ), ausgenommen bundeseinheitliche Feiertage am Sitz des Auftraggebers. Der Auftragnehmer schuldet während dieser Betriebszeit eine Verfügbarkeit von mindestens 95% im Bezugszeitraum (Kalendermonat). Außerhalb der Betriebszeit wird die Leistung im Rahmen des wirtschaftlich Angemessenen bereitgestellt, ohne dass insoweit eine Verfügbarkeit geschuldet ist. Die Berechnung der Verfügbarkeit, die Behandlung geplanter Nichtverfügbarkeit sowie die Messung richten sich im Übrigen nach Ziffer 8 EVB-IT Cloud-AGB.

3.8.2 Geplante Wartungsarbeiten sind außerhalb der Betriebszeit durchzuführen und dem Auftraggeber mindestens fünf Werktage im Voraus in Textform anzukündigen. Abweichend von Ziff. 8.2 EVB-IT Cloud AGB mindern Zeiten geplanter Nichtverfügbarkeit, die innerhalb der Betriebszeit liegen, die Verfügbarkeit wie Ausfallzeiten.



Cloudvertrag

3.8.3 Unterschreitet die im Bezugszeitraum tatsächlich erreichte Verfügbarkeit den nach Ziffer 3.8.1 geschuldeten Wert, schuldet der Auftragnehmer anstelle der angemessenen Herabsetzung der Vergütung nach Ziffer 18 EVB-IT Cloud-AGB eine Nichterfüllungsgutschrift in Höhe von

- 5 % der monatlichen SaaS-Vergütung bei einer Verfügbarkeit von unter 95 % bis einschließlich 93 %,
- 10 % der monatlichen SaaS-Vergütung bei einer Verfügbarkeit von unter 93 % bis einschließlich 90 %,
- 20 % der monatlichen SaaS-Vergütung bei einer Verfügbarkeit von unter 90 %.

Die Gutschrift wird gemäß Ziffer 16.4 EVB-IT Cloud-AGB mit der Vergütung verrechnet, bei jährlicher Vorauszahlung gilt Ziff. 4.3 dieses Vertrags (Rückerstattung bei Vorauszahlung) entsprechend.

3.8.4 Die Nichterfüllungsgutschrift gilt als pauschalierter Mindestschaden. Die Geltendmachung eines weitergehenden Schadens bleibt unberührt, die Gutschrift wird auf einen etwaigen Schadensersatzanspruch wegen derselben Verfügbarkeitsunterschreitung angerechnet. Dem Auftragnehmer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass ein Schaden nicht oder nur in geringerer Höhe entstanden ist.

3.8.5 Unterschreitet die Verfügbarkeit in drei aufeinanderfolgenden Bezugszeiträumen oder in vier Bezugszeiträumen innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten den geschuldeten Wert, liegt ein wichtiger Grund zur außerordentlichen Kündigung gemäß Ziffer 9.9 dieses Vertrages vor.

4 Fälligkeit und Zahlung der Vergütung

4.1 Fälligkeit der Vergütung

Die Vergütung für wiederkehrende Leistungen ist abweichend von Ziffer 16.1 EVB-IT Cloud-AGB nicht monatlich nachträglich bis zum 15. eines jeden Monats fällig, sondern:

- ☐ quartalsweise bis zum 15. des zweiten Monats des laufenden Quartals
- ☒ jährlich im Voraus, fällig zu Beginn des jeweiligen Vertragsjahres; für das erste Vertragsjahr anteilig ab Beginn der Lizenzzahlung gemäß Ziff. 3.1 dieses Vertrags bis zum _____ des laufenden Jahres
- ☐ einmalig zum _____
- ☐ _____

Die Vergütung für Leistungen nach Zeitaufwand ist abweichend von Ziffer 16.2.1 EVB-IT Cloud-AGB nicht monatlich nachträglich bis zum 15. eines jeden Monats fällig, sondern:

- ☒ Voraussetzung für die Fälligkeit von Zahlungen ist die ordnungsgemäße Rechnungslegung. Die Vergütung der Dienstleistungen (initiale und sonstige Leistungen gemäß Ziff. 3.2.1, 3.2.2) erfolgt nach Abnahme des jeweiligen Moduls. Kann eine klare Modulabgrenzung nicht erfolgen, wird die Vergütung jeweils im Zwei-Monats-Rhythmus nach Vorlage der Leistungsnachweise abgerechnet. Der Auftragnehmer legt die Leistungsnachweise wöchentlich in Textform vor. Sämtliche Rechnungen müssen den gesetzlichen Anforderungen, insbesondere denen des UStG und der E-RechV genügen. Rechnungen sind unter Bezugnahme auf die mitgeteilte Bestellnummer des Auftraggebers zu stellen und müssen alles für eine Rechnungsprüfung Erforderliche enthalten, insbesondere einen nachvollziehbaren Leistungsnachweis. Rechnungen sind nach ordnungsgemäßer Leistungserbringung binnen 30 (dreißig) Kalendertagen nach Eingang bei dem Auftraggeber zur Zahlung fällig. Sollte die Leistungserbringung erst nach Rechnungseingang erfolgen, beginnt diese Frist mit Leistungserbringung.

Rechnungen sind zu stellen an:

Bundesdruckerei GmbH
Kommandantenstr. 18
10969 Berlin
HRB Nr.70764, Ort: Berlin Charlottenburg
Ust.-IDNr.: DE 812746617



Cloudvertrag

Der Auftraggeber ist seit dem 27. November 2020 gesetzlich verpflichtet, elektronische Rechnungen (xRechnungen) über digitale Kanäle zu empfangen. Für die Übermittlung einer xRechnung ist die OZG-konforme Rechnungseingangsplattform (OZG-RE) unter <https://xrechnung-bdr.de> zu nutzen mit der Leitweg-ID: 992-80152-82. Rückfragen können per E-Mail (Sendersupport-xrechnung@bdr.de) oder telefonisch (+ 49 (0)30 25 98-4436) gestellt werden.

Soweit der Auftragnehmer nicht zur Einreichung von elektronischen Rechnungen gemäß E-Rechnungs-Verordnung verpflichtet ist, hat dieser Rechnungen ausschließlich als PDF-Dokument an folgende E-Mail-Adresse zu senden: eingangsrechnung@bdr.de

Alle Zahlungen erfolgen auf das in der jeweiligen Rechnung benannte Konto des Auftragnehmers.

4.2 Zahlung der Vergütung

- ☐ Abweichend von Ziffer 16.3 EVB-IT Cloud-AGB ist eine fällige Vergütung nicht 30 Tage sondern _____ Tage nach Zugang einer prüffähigen Rechnung zu zahlen.

Sofern eine Steuerabzugspflicht nach § 50a Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit § 49 EstG besteht und keine Freistellungsbescheinigung vorliegt, behält der Auftraggeber die Quellensteuern auf die Gebühren für Nutzungsrechte ein und führt sie an das Bundeszentralamt für Steuern ab.

4.3 Rechnungsadresse, Rückerstattung

- ☐ Die Rechnung ist nach den Vorgaben der E-Rechnungsverordnung elektronisch einzureichen. In der Rechnung bzw. zur Rechnungserstellung ist die Leitweg-ID _____ anzugeben. Zudem müssen bei der Rechnung alle Pflichtfelder sowie die Zusatzfelder _____ gefüllt sein. Eine Rechnung, die entgegen vorstehender Regelung nicht elektronisch gestellt wird, begründet keinen Verzug nach § 286 Abs. 3 BGB.
- ☐ Die Rechnungsanschrift ergibt sich aus Anlage Nr. _____.
- ☒ Endet der Vertrag oder die Bereitstellung eines Moduls vor Ablauf eines im Voraus vergüteten Zeitraums aus einem vom Auftraggeber nicht zu vertretenden Grund, erstattet der Auftragnehmer die auf den nicht in Anspruch genommenen Zeitraum entfallende Vergütung anteilig (pro rata temporis) innerhalb von 30 Tagen zurück. Nichterfüllungsgutschriften, Minderungen und Anteilsreduktionen gemäß Ziffer 3.8 und gemäß der Klausel zur Vorauszahlung in Ziff. 3.1 werden, soweit eine Verrechnung mit der nächsten Vorauszahlung nicht möglich oder vom Auftraggeber nicht gewünscht ist, als Rückerstattung innerhalb von 30 Tagen ausgekehrt.

4.4 Preisanpassung

- ☐ Es wird eine Preisanpassung vereinbart:
 - ☐ gemäß Ziffer 16.5 EVB-IT-Cloud-AGB:
 - ☐ für den monatlichen Pauschalpreis gemäß Nummer 3.1.
 - ☐ für die folgenden weiteren Vergütungen: _____.
 - ☐ gemäß Anlage Nr. _____.



Cloudvertrag

5 Ergänzende Vereinbarungen bei Vergütung von Leistungen von Personen nach Aufwand

5.1 Vereinbarung der Preiskategorien bei Vergütung nach Aufwand durch auftragnehmerseitig eingesetztes Personal

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Kategorie	Stundensatz für Tätigkeiten innerhalb der Geschäftszeit	Tagessatz für Tätigkeit innerhalb der Geschäftszeit	Zuschläge in Prozent auf die Stunden- und Tagessätze Montag bis Freitag (Arbeitsstage) außerhalb der Geschäftszeit	Zuschläge in Prozent auf die Stunden- und Tagessätze Samstag von _____ bis _____	Zuschläge in Prozent auf die Stunden- und Tagessätze Samstag von _____ bis _____	Zuschläge in Prozent auf die Stunden- und Tagessätze Sonn- und Feiertage von _____ bis _____	Zuschläge in Prozent auf die Stunden- und Tagessätze Sonn- und Feiertage von _____ bis _____
1	siehe Preisblatt	-	-	- %	- %	- %	- %	- %

Festlegung der Geschäftszeiten:

Arbeitstag	Geschäftszeit
Montag bis Donnerstag	Siehe Anlage 1
Freitag	Siehe Anlage 1

- ☐ weitere Vereinbarungen (z.B. zu Reisekosten abweichend von Ziffer 16.2.1 EVB-IT Cloud-AGB) gemäß Anlage Nr. _____.

5.2 Abweichende Regelungen für die Bestimmung und Vergütung von Personentagessätzen

- ☐ Abweichend von Ziffer 16.2.3 Satz 2 EVB-IT Cloud-AGB können bei entsprechendem Nachweis für einen Personentag bis zu 10 Stunden abgerechnet werden.
- ☐ Abweichend von Ziffer 16.2.3 Sätze 2 und 3 EVB-IT Cloud-AGB kann ein voller Tagessatz nur in Rechnung gestellt werden, wenn mindestens 10 Stunden geleistet wurden. Werden weniger als 10 Zeitstunden pro Tag geleistet, sind diese anteilig in Rechnung zu stellen.
- ☐ weitere Vereinbarungen gemäß Anlage Nr. _____.

5.3 Besondere Bestimmungen zur Vergütung nach Aufwand

- ☐ Abweichend von Ziffer 16.2.1 EVB-IT Cloud-AGB werden Nebenkosten/Reisekosten/Reisezeiten/Materialkosten gemäß Anlage Nr. _____ vergütet.
- ☐ Weitere besondere Bestimmungen zur Vergütung nach Aufwand sind in Anlage Nr. _____ vereinbart.

6 Abweichende Haftungsregelungen

- ☐ Abweichend von Ziffer 19.1 EVB-IT Cloud-AGB gelten für die Haftung bei leicht fahrlässigen Pflichtverletzungen die Regelungen gemäß Anlage Nr. _____.
- ☐ Abweichend von Ziffer 19.2 EVB-IT Cloud-AGB haftet der Auftragnehmer auch für entgangenen Gewinn.

7 Beauftragte und Ansprechpartner

7.1 Beauftragte des Auftragnehmers (Name, Mailadresse)

- ☐ Informationssicherheit: _____,



Cloudvertrag

- ☐ Datenschutz: _____,
- ☐ Geheimschutz: _____.

7.2 Ansprechpartner für Fragen zum Vertrag (Name, Mailadresse)

beim Auftragnehmer: Der Auftragnehmer benennt mit Zuschlagserteilung einen dedizierten Ansprechpartner (und eine Vertretung) als zentralen Ansprechpartner für den Vertrag, welcher für die operative und inhaltliche Steuerung des Vertrages verantwortlich ist.

beim Auftraggeber: Andrea Wussow, Patrick Raatz

8 Weitere Regelungen

8.1 Besondere Anforderungen an Mitarbeiter des Auftragnehmers

- ☐ Für die Aufgaben gemäß Anlage Nr. _____ ist nur Personal einzusetzen, welches bereit ist, sich aufgrund des Verpflichtungsgesetzes verpflichten zu lassen.
- ☐ Mindestanforderungen an das einzusetzende Personal des Auftragnehmers (z.B. Sicherheitsüberprüfung nach SÜG) ergeben sich aus Anlage Nr. _____.

8.2 Allgemeine Sicherheitsanforderungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich für die Laufzeit des Vertrages

- ☐ bei der Erbringung der vertraglichen Leistungen die Regelungen zur IT-Sicherheit gemäß Anlage Nr. _____ zu beachten.
- ☐ der Geheimschutzbetreuung gemäß Anlage Nr. _____ zu unterstellen.
- ☐ die Regelungen des Auftraggebers zur Sicherheit am Einsatzort gemäß Anlage Nr. _____ zu beachten.
- ☐ folgende weitere Regelungen einzuhalten: _____.

8.3 Prüfrechte

- ☐ Ergänzend zu Ziffer 6.4 EVB-IT Cloud-AGB und unbeschadet der gesetzlichen Regelungen, sind nicht nur der Auftraggeber und vom Auftraggeber zur Berufsverschwiegenheit verpflichtete Prüfungsgesellschaften, sondern auch
 - ☐ die Aufsichtsorgane des Auftraggebers
 - ☐ das BSI
 - ☐ folgende von ihm benannte Prüfer _____zur Prüfung der Einhaltung der Maßnahmen berechtigt. Der Auftragnehmer gewährt die dafür notwendigen Zutritts-, Einsichts- und Auskunftsrechte und unterstützt im erforderlichen Ausmaß.
- ☐ Ergänzend zu bzw. abweichend von Ziffer 6.4 EVB-IT Cloud-AGB ergeben sich Regelungen zu Prüfrechten aus Anlage Nr. _____.

8.4 Unterauftragnehmer

- ☒ In Bezug auf den Einsatz von Unterauftragnehmern gilt anstelle von Ziffer 15.1 EVB-IT Cloud-AGB die Ziffer 15.3 EVB-IT Cloud-AGB.

8.5 Vertraulichkeit

- ☒ Ergänzend zu bzw. abweichend von Ziffer 6.3 EVB-IT Cloud-AGB ergeben sich Regelungen zur Vertraulichkeit aus Anlage Nr. 3.

8.6 Haftpflichtversicherung

- ☒ Der Nachweis einer Haftpflichtversicherung gemäß Ziffer 21 EVB-IT Cloud-AGB wird vereinbart.

9 Sonstige Vereinbarungen

- ☒ Sonstige Vereinbarungen:

9.1 Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen



Cloudvertrag

9.1.1 Der Auftragnehmer ist zur Einhaltung der in **Anlage 4.1** näher beschriebenen Sicherheits- und Umweltschutzregeln für externe Dienstleister verpflichtet.

9.1.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der in **Anlage 4.2** (Sicherheitsvereinbarung) beschriebenen auf den konkreten Leistungsgegenstand anwendbaren Vorgaben zur Sicherheit (inkludiert Informationssicherheit) im Rahmen der Leistungserbringung.

9.1.3 Für die mit Zustimmung des Auftraggebers eingesetzten Unterauftragnehmer und deren Mitarbeitenden stellt der Auftragnehmer die entsprechende Einhaltung dieser Sicherheitsbestimmungen sicher.

9.1.4 Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der Bestimmungen dieses Paragraphen. Je Verletzung der Bestimmung dieses Paragraphen ist der Auftragnehmer zur Zahlung einer vom Auftraggeber im Einzelfall nach billigem Ermessen festzusetzenden – jedoch gerichtlich überprüfbaren – Vertragsstrafe verpflichtet. Die Vertragsstrafe kann bis zu 6 Monate nach Ende der Vertragslaufzeit geltend gemacht werden, ohne dass dies eines Vorbehalts gem. § 341 Abs. 3 BGB bedarf. Die Vereinbarung dieser Vertragsstrafe schließt die Geltendmachung weitergehender Ansprüche und sonstiger Rechte nicht aus. Eine bereits gezahlte Vertragsstrafe wird insofern jedoch angerechnet.

9.1.5 Der Auftraggeber behält sich vor, eigene Audits zur Informationssicherheit durchzuführen. In diesem Zusammenhang soll die Angemessenheit der Maßnahmen zur Informationssicherheit geprüft werden. Der Auftragnehmer und seine Mitarbeitenden haben auf Verlangen des Auftraggebers an den Audits, welche durch den Auftraggeber veranlasst werden, teilzunehmen. Bei Ausübung nimmt der Auftraggeber auf die betrieblichen Belange des Auftragnehmers bzw. der jeweiligen Unterauftragnehmer angemessen Rücksicht.

9.2 Künstliche Intelligenz

9.2.1 Künstliche Intelligenz - Einsatz

9.2.1.1 Künstliche Intelligenz („KI“) im Sinne dieses Vertrages bezeichnet Software/KI-Systeme oder –Modelle und darauf basierende Anwendungen, die mit Methoden des maschinellen Lernens oder vergleichbaren Verfahren aus Daten eigenständig Ergebnisse wie Inhalte, Vorhersagen, Empfehlungen oder Entscheidungen erzeugen.

9.2.1.2 Der Auftragnehmer darf KI zur Erbringung der Leistungen nur einsetzen, wenn der Auftraggeber dem Einsatz zuvor in Textform zugestimmt hat und der Auftragnehmer den Auftraggeber vorab über Art, Weise und Umfang des KI-Einsatzes informiert hat. Für die in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) ausdrücklich vorgesehenen KI-Funktionalitäten gilt die Zustimmung mit Zuschlagserteilung als erteilt; Art, Weise und Umfang des KI-Einsatzes ergeben sich insoweit aus der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**).

9.2.1.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, beim Einsatz von KI geltende vertragliche und gesetzliche Vorgaben, insbesondere die Verordnung (EU) 2024/1689 (KI-Verordnung), Urheber- und Persönlichkeitsrechte, Datenschutz sowie anwendbare Nutzungs- und Lizenzbedingungen der verwendeten KI einzuhalten.

9.2.1.4 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Nutzung von KI keine vertraulichen Informationen, personenbezogenen Daten oder Geschäftsgeheimnisse des Auftraggebers in die jeweilige KI einzugeben oder hochzuladen.

9.2.1.5 Der Auftragnehmer darf KI nur als unterstützendes Hilfsmittel einsetzen und bleibt für die Arbeitsergebnisse voll verantwortlich. KI-gestützte Inhalte sind vor ihrer Verwendung fachlich zu prüfen, nachzubearbeiten und transparent zu kennzeichnen.

9.2.1.6 Der Auftragnehmer dokumentiert den Einsatz von KI in angemessenem Umfang. Aus der Dokumentation muss ersichtlich sein, welche technologischen Hilfsmittel er verwendet hat und in welchem Umfang dies geschehen ist. Der Auftragnehmer stellt die Dokumentation dem Auftraggeber auf Verlangen zur Verfügung.

9.2.1.7 Der Auftragnehmer sichert zu, dass er bei Einsatz von KI die nach diesem Vertrag geschuldeten Nutzungsrechte wirksam einräumen kann und keine Rechte Dritter verletzt.

9.2.1.8 Unbeschadet des Einsatzes von KI gelten für die Rechteeinräumung und -übertragung die Regelungen gemäß dieses Vertrags.

9.2.1.9 Können durch den Einsatz von KI die Nutzungsrechte nicht wie in diesem Vertrag vereinbart eingeräumt werden, informiert der Auftragnehmer den Auftraggeber hierüber unverzüglich vor Einsatz der KI. Der Auftraggeber entscheidet über das weitere Vorgehen.

9.2.2 Künstliche Intelligenz - Leistungsergebnisse



Cloudvertrag

Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich zu informieren, wenn in der vertragsgegenständlichen Software KI enthalten ist oder wenn die vertragsgegenständliche Software KI erhalten soll, sowie über deren Einstufung.

9.3 Vertraulichkeitspflichten und Datenschutz

9.3.1 Die Parteien verpflichten sich im Rahmen der Durchführung dieses Vertrages zur Einhaltung der Vertraulichkeitsvereinbarung (**Anlage 3**).

9.3.2 Die Parteien verpflichten sich, die anwendbaren Vorschriften zum Datenschutz einzuhalten, insbesondere die Datenschutzgrundverordnung ("DSGVO") und das Bundesdatenschutzgesetz.

9.3.2 Im Rahmen der vertraglichen Leistungserbringung werden personenbezogene Daten im Auftrag der Bundesdruckerei durch den Auftragnehmer verarbeitet. Die Parteien schließen daher mit Zuschlagserteilung eine den Anforderungen des Art. 28 DSGVO entsprechende Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung (**Anlage 5**).

9.4 Exportkontrolle, Zoll und Sanktionen

9.4.1 Verpflichtung zur Einhaltung von Rechtsvorschriften Import und Export

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei Ausführung der unter diesem Vertrag und den jeweiligen Einzelverträgen geschuldeten Tätigkeiten alle anwendbaren Rechtsvorschriften beachtet. Insbesondere verpflichtet sich der Auftragnehmer, bei der Erfüllung der ihm obliegenden (Leistungs-) Pflichten die geltenden Exportkontrollbestimmungen und Sanktionsregelungen der Bundesrepublik Deutschland, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen sowie, falls im Einzelfall anwendbar, auch der Vereinigten Staaten von Amerika und der VR China oder anderer Jurisdiktionen einzuhalten, ausgenommen solche Bestimmungen und Regelungen, die (i) auf in den Anhängen der VO (EG) Nr. 2271/96 genannten Rechtsakten beruhen und/oder (ii) gegen einen Staat gerichtet sind, gegen den weder die Vereinten Nationen, noch die EU, noch die Bundesrepublik Deutschland wirtschaftliche Sanktionsmaßnahmen beschlossen haben.

Der Auftragnehmer erklärt, dass ihm selbst sämtliche für die Erfüllung der ihm obliegenden Pflichten ggf. erforderlichen zoll- und außenwirtschaftsrechtlichen Genehmigungen und Erlaubnisse vorliegen. Zur Einholung solcher ggf. erforderlichen zoll- und außenwirtschaftsrechtlichen Genehmigungen und Erlaubnisse ist der Auftragnehmer verpflichtet.

Der Auftragnehmer erklärt zudem, dass die von ihm gemäß diesem Vertrag zu liefernden Gütern und/oder Technologien und deren Vorprodukte und Bestandteile keinen Ursprung in den nachfolgend aufgeführten Ländern und Gebieten haben, sich zu keinem Zeitpunkt dort befunden haben oder befinden werden und nicht von dort ausgeführt wurden oder werden. Bei den betroffenen Ländern handelt es sich um: Russische Föderation, Republik Belarus, Demokratische Volksrepublik Korea, Islamische Republik Iran, Libyen, Arabische Republik Syrien. Bei den betroffenen Gebieten handelt es sich um: Krim, Sewastopol, die nicht von der Regierung kontrollierten ukrainischen Gebiete in den Regionen Cherson, Donezk, Luhansk und Saporischschja.

Auf Verlangen der Bundesdruckerei hat der Auftragnehmer über die Einhaltung der in dieser Ziff. 9.4.1 dieses Vertrags enthaltenen Zusicherungen und Verpflichtungen geeigneten Nachweis zu erbringen.

9.4.2 Ausschluss Mitwirkender

Der Auftragnehmer erklärt, dass weder er selbst noch einer seiner Gesellschafter oder eine Person oder Körperschaft, deren Teilhaber er ist, verbundene Unternehmen oder in die Leistungserbringung involvierte Personen, Organisationen oder Einrichtungen („involvierte Personen“), auf einer Sanktionsliste der Europäischen Union oder der Vereinten Nationen geführt wird.

Diese Versicherung gilt auch im Hinblick auf involvierte Personen, die auf den Sanktionslisten anderer Länder geführt sind, ausgenommen solche Listungen, die (i) auf in den Anhängen der VO (EG) Nr. 2271/96 genannten Rechtsakten beruhen und/oder (ii) gegen einen Staat gerichtet sind, gegen den weder die Vereinten Nationen, noch die EU, noch die Bundesrepublik Deutschland wirtschaftliche Sanktionsmaßnahmen beschlossen haben.

Der Auftragnehmer erklärt ferner, dass er nicht im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 des Rates vom 27. Dezember 2001 über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus im Eigentum oder unter der Kontrolle einer oder mehrerer nach Ziff. 9.4.2 S.1 und S.2 dieses Vertrags gelisteten natürlichen oder juristischen Personen, Vereinigungen oder Körperschaften steht.



Cloudvertrag

Sollte eine der involvierten Personen während der Geltungsdauer des Vertrags in einer der benannten Sanktionslisten aufgenommen oder durch eine nach Ziff. 9.4.2 S.1 und S.2 dieses Vertrags gelistete Person das Eigentum an oder die Kontrolle über den Auftragnehmer erlangt werden, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Bundesdruckerei hiervon unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

9.4.3 Verbot unzulässiger Boykotterklärungen

Der Auftraggeber lehnt alle Bedingungen des Auftragnehmers ab, durch die sich der Auftraggeber an einem Boykott, der über die geltenden gesetzlichen EU- und UN-Embargobestimmungen hinausgeht, beteiligen oder wenn er hierauf gerichtete Erklärungen abgeben würde.

9.4.4 Cloud-Leistungen

Die Serverstandorte der Cloud sind im Zollgebiet der Europäischen Union. Dem Auftraggeber muss möglich sein, den Nutzerzugriff auf die vertragsgegenständliche Softwarelösung aus bestimmten Ländern und Regionen technisch zu erschweren bzw. zu unterbinden (bspw. anhand der IP-Adresse des Nutzers).

9.4.5 Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich informieren, sollte er dem Personenkreis unterfallen, demgegenüber die Vertragserfüllung nach Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils geltenden Fassung untersagt ist.

9.4.6 Der Auftragnehmer stellt sicher, während der Vertragslaufzeit keine Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen wurden, und auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, einzusetzen, die einen Bezug zu Russland im Sinne von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 haben. Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer hierüber geeigneten Nachweis zu erbringen.

9.4.7 Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der Regelungen entsprechend **Anlage 6** (Fragebogen für Zulieferer).

9.5 Compliance

9.5.3 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Verhaltenskodex für Geschäftspartner gemäß Anlage 2 zu diesem Vertrag einzuhalten und die darin enthaltenen Grundsätze entlang der Lieferkette gemäß den Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) angemessen zu adressieren.

9.5.4 Bei Anhaltspunkten für einen Verstoß gegen den Verhaltenskodex (Anlage 2) durch den Auftragnehmer oder seine mittelbaren bzw. unmittelbaren Vertragspartner bzw. bei einem entsprechenden Verdacht, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich in Textform über Art, Umfang und Zeitraum des Verstoßes gegen den Verhaltenskodex, sowie über Schritte und Zeitraum der Unterbindung des Verstoßes zu informieren, und Auskunft über Schritte zur Sicherstellung der zukünftigen Einhaltung der Verhaltensvorgaben im Rahmen der gegenseitigen Vertragsbeziehungen zu geben.

9.5.5 Wird ein Verstoß gegen den Verhaltenskodex festgestellt oder steht unmittelbar bevor, sind unverzüglich angemessene Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, um diesen Verstoß zu verhindern, zu beenden oder das Ausmaß der Verletzung zu minimieren.

9.6 Unzulässige Handlungen

9.6.1 Der Auftraggeber ist berechtigt, von diesem Vertrag zurückzutreten oder den Vertrag ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung dieses Vertrages befasst sind, oder ihnen nahestehenden Personen mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zum Auftraggeber Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.



Cloudvertrag

9.6.2 Vor der Entscheidung über die Ausübung eines Rücktritts- bzw. Kündigungsrechts nach diesem Paragraphen wird der Auftraggeber dem Auftragnehmer Gelegenheit geben, unverzüglich zu dem Sachverhalt Stellung zu nehmen.

9.6.3 Tritt der Auftraggeber nach diesem Paragraphen vom Vertrag zurück, kann er die empfangenen Leistungen behalten und hat insoweit das vereinbarte Entgelt zu entrichten. Der Auftraggeber kann daneben vom Auftragnehmer den Ersatz des Schadens verlangen, der ihm durch den Rücktritt vom Vertrag entsteht. Dagegen stehen dem Auftragnehmer gegen den Auftraggeber aufgrund des Rücktritts keine Ansprüche wegen Nichterfüllung des Vertrages zu. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Vorschriften über den Rücktritt.

9.6.4 Sonstige gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Parteien bleiben unberührt.

9.7 Einhaltung des Mindestlohngesetzes

9.7.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich gegenüber dem Auftraggeber, seinen Beschäftigten im Sinne von § 22 MiLoG mindestens den gesetzlich zu zahlenden Mindestlohn entsprechend dem Mindestlohngesetz (MiLoG) zu gewähren.

9.7.2 Der Auftragnehmer wird auch alle Unterauftragnehmer sowie Verleiher in einer diesem Vertrag entsprechenden Weise zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dem MiLoG verpflichten und diese darüber hinaus verpflichten, weitere Unterauftragnehmer oder Verleiher unter denselben oder vergleichbaren Regelungen zur Einhaltung des MiLoG zu verpflichten.

9.7.3 Auf Verlangen des Auftraggebers wird der Auftragnehmer entsprechende Nachweise über die Einhaltung seiner Verpflichtungen gemäß vorstehenden Absätzen vorlegen. Der Auftraggeber ist berechtigt, diese Nachweise bei Bedarf seinen Auftraggebern zur Verfügung zu stellen.

9.7.4 Wird der Auftraggeber für Verpflichtungen des Auftragnehmers oder eines von ihm eingesetzten Unterauftragnehmers oder Verleihers zur Zahlung von Mindestlohn oder sonstigen Leistungen nach § 13 MiLoG in Anspruch genommen, hat der Auftraggeber gegenüber fälligen Zahlungen des Auftragnehmers ein Zurückbehaltungsrecht und ist nach Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen auch ausdrücklich zur Aufrechnung mit Forderungen des Auftragnehmers berechtigt.

9.7.5 Zur Absicherung der vorstehend genannten Ansprüche hat der Auftraggeber jederzeit das Recht zu verlangen, dass der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem MiLoG in angemessener Weise Sicherheit leistet. Die Sicherheit kann im Wege einer Bürgschaft geleistet werden. Sofern dies geschieht, muss eine unbefristete, selbstschuldnerische Bürgschaft eines von dem Auftraggeber im Voraus genehmigten Kreditinstituts vorgelegt werden. Bringt der Auftragnehmer diese Sicherheit nicht binnen zwei Wochen nach schriftlicher Aufforderung durch den Auftraggeber bei, ist der Auftraggeber berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten. Die Sicherheit dient ausschließlich der Absicherung der Ansprüche des Auftraggebers zur Einhaltung der Regelungen des MiLoG; eine Zurückbehaltung wegen anderer oder Aufrechnung mit anderen Ansprüchen des Auftraggebers ist unzulässig. Die Sicherheit ist spätestens sechs Monate nach vollständiger Abwicklung des Leistungsvertrages freizugeben, sofern bis zu diesem Zeitpunkt keine Ansprüche gegenüber dem Auftraggeber im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung geltend gemacht worden sind.

9.7.6 Dem Auftraggeber bleibt vorbehalten, die Freigabe der Sicherheit auch über diesen Zeitraum hinaus zu verweigern, wenn spätestens bis zum Ablauf der Freigabefrist konkrete Anhaltspunkte vorliegen, die einen Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns und die Gefahr späterer Inanspruchnahme des Auftraggebers begründen.

9.7.7 Im Fall eines Verstoßes des Auftragnehmers gegen die Absätze 1 und 2 dieses Paragraphen ist der Auftraggeber berechtigt, die Leistungen aus diesem Vertrag ganz oder teilweise zurückzubehalten. Darüber hinaus kann der Auftraggeber den vorliegenden Vertrag insgesamt außerordentlich mit sofortiger Wirkung kündigen, ohne dass es einer vorherigen Abmahnung bedarf.

9.7.8 Unabhängig von der Geltendmachung der vorstehenden Rechte bleibt die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen unberührt.



Cloudvertrag

9.8 Freistellung

9.8.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber von allen vertraglichen oder gesetzlichen Ansprüchen Dritter auf erstes Anfordern freizustellen, die sich verschuldensunabhängig aus einer nicht vertragsgerechten Leistung oder aus Verstößen gegen etwaig abgegebene Garantien oder aus schuldhaften Vertragsverstößen oder aus unerlaubten Handlungen der Erfüllungs- oder Verrichtungsgehilfen ergeben. Das schließt insbesondere die Kosten und Aufwendungen zur Abwehr solcher Ansprüche sowie etwaige Kosten zur Rechtsverfolgung ein. Haftungsobergrenzen aus Ziff. 19 der EVB-IT Cloud-AGB finden keine Anwendung.

9.8.2 Unbeschadet der Freistellungsverpflichtung wird der Auftragnehmer den Auftraggeber hinsichtlich der Abwehr von etwaigen Ansprüchen Dritter unterstützen und ihm umfassend und rechtzeitig Auskunft erteilen. Dasselbe gilt für den Fall etwaiger ordnungsbehördlicher Verfahren oder Ermittlungen. Etwaige prozessuale Rechte zur Verkündung des Streits bleiben unberührt.

9.8.3 Unbeschadet der Freistellungsverpflichtung wird der Auftraggeber von Dritten wegen Verletzung von Schutz- oder Urheberrechten in Anspruch genommen, die in der vertragsgegenständlichen Leistung begründet sind, beseitigt der Auftragnehmer den Rechtsmangel auf eigene Kosten durch (a) Verschaffung eines erforderlichen Nutzungsrechts, (b) rechtsverletzungsfreie Anpassung der Leistung unter Erhalt der vereinbarten Funktionalität oder (c) Austausch der betroffenen Komponente gegen eine gleichwertige rechtsverletzungsfreie Lösung.

9.9 Außerordentliche Kündigung

9.9.1 Das Recht, diesen Vertrag ohne Einhaltung einer Frist bei Vorliegen eines wichtigen Grundes zu kündigen, bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund liegt für den Auftraggeber insbesondere vor, wenn

9.9.1.1 der Auftragnehmer den Verhaltenskodex gemäß **Anlage 2** und/oder die Vertraulichkeitsvereinbarung gemäß **Anlage 3** und/oder die Pflichten gemäß Ziff. 9.7 dieses Vertrages, und/oder die Pflichten gemäß Ziff. 9.4 dieses Vertrages die Sicherheitsbestimmungen gemäß **Anlage 4** und/oder die datenschutzrechtliche Vereinbarung gemäß **Anlage 5** unter diesem Vertrag verletzt hat und – sofern die Verletzung heilbar ist – die Verletzung nicht innerhalb von 2 (zwei) Wochen nach Zugang einer entsprechenden Rüge des Auftraggebers in Textform geheilt hat;

9.9.1.2 der Auftragnehmer wesentliche Pflichten unter diesem Vertrag trotz Rüge des Auftraggebers in Textform fortgesetzt oder wiederholt verletzt hat; einer Rüge bedarf es nicht, wenn dem Auftragnehmer die Erfüllung der Pflicht unmöglich ist oder er diese ernsthaft verweigert;

9.9.1.3 eine wesentliche Verschlechterung der Vermögenslage des Auftragnehmers eintritt oder einzutreten droht und dadurch die Erfüllung von Verbindlichkeiten gegenüber dem Auftraggeber gefährdet ist; in den genannten Fällen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber umgehend zu informieren;

9.9.1.4 eine wesentliche Änderung der unmittelbaren oder mittelbaren Kapital- oder Stimmrechtsverhältnisse am Auftragnehmer eintritt oder ein Dritter die unmittelbare oder mittelbare Kapital- oder Stimmrechtsmehrheit am Auftragnehmer oder in sonstiger Weise die unmittelbare oder mittelbare Kontrolle über den Auftragnehmer erwirbt ("Kontrolländerung"), es sei denn, es liegen die Voraussetzungen für eine zulässige Vertragsänderung gemäß § 132 Abs. 2 Nr. 4 lit. b) GWB vor. Eine Kontrolländerung liegt insbesondere vor, wenn ein Dritter (jeweils erstmals) direkt oder indirekt mindestens 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte des Auftragnehmers kontrolliert oder in den Organen des Auftragnehmers vertreten ist oder ein Organmitglied kontrolliert oder auf andere Weise wesentlichen Einfluss auf die Geschäftsentscheidungen nehmen kann. In den genannten Fällen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber umgehend zu informieren;

9.9.1.5 der Auftragnehmer nicht binnen 1 (eines) Monats ab der Geltendmachung von Verletzungen der Rechte Dritter vertragskonforme, rechtsmangelfreie Lieferwaren liefern kann bzw. die geschuldeten Nutzungsrechte beschaffen kann;

9.9.1.6 der Auftragnehmer wissentlich falsche Angaben im Rahmen des Vergabeverfahrens gemacht hat;

9.9.1.7 während der Laufzeit des Vertrages [Eignungskriterien] nicht mehr vorliegen oder entfallen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber hierüber unverzüglich in Textform zu informieren;

9.9.1.8 der Auftraggeber nachträgliche Kenntnis von wettbewerbsbeschränkenden Absprachen des Auftragnehmers im Rahmen des Vergabeverfahrens erhält;



Cloudvertrag

9.9.1.9 der Auftragnehmer dem Personenkreis unterfällt, demgegenüber die Vertragserfüllung nach Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils geltenden Fassung untersagt ist; oder

9.9.1.10 der Auftragnehmer den Verstoß gegen den Verhaltenskodex durch den Geschäftspartner oder durch seine unmittelbaren oder mittelbaren Lieferanten nicht innerhalb einer angemessenen Frist abgestellt hat oder wenn der Verstoß sehr schwerwiegend ist oder wenn es zu wiederholten schweren Verstößen (insbesondere zur Begehung von Straftaten) kommt und keine mildernden Mittel zum Abstellen des Verstoßes zur Verfügung stehen;

9.9.2 Die Kündigung dieses Vertrages bedarf der Textform.

9.10 Höhere Gewalt

9.10.1 Als Fälle höherer Gewalt gelten Krieg, innere Unruhen am Produktionsstandort, Streik, schwerwiegende Naturkatastrophen, Epidemien oder andere von außen kommende, nach menschlicher Einsicht und Erfahrung unvorhersehbare, unverschuldete und unabwendbare Ereignisse, die keinen betrieblichen Zusammenhang aufweisen und auch durch äußerste, vernünftigerweise zu erwartende Sorgfalt nicht vermieden werden können. Ereignisse höherer Gewalt und deren voraussichtliche Dauer sind dem Auftraggeber vom Lieferanten unverzüglich mitzuteilen, soweit diese die ordnungsgemäße Erfüllung der Leistungspflichten des Lieferanten betreffen. Der Auftraggeber kann dann bei dauerhaften Leistungshindernissen (wegen des noch nicht erfüllten Teils ganz oder teilweise/hinsichtlich der betroffenen Lieferungen und Leistungen) vom Vertrag zurücktreten. Bei Hindernissen von vorübergehender Art kann der Auftraggeber den Rücktritt nach Ablauf einer Frist von 30 (dreißig) Tagen erklären oder die Lieferung oder Leistung zu einem späteren Zeitpunkt verlangen. Andere Rücktrittsrechte bleiben unberührt. Falls Ereignisse höherer Gewalt bei dem Auftraggeber vorliegen, ist diese für den Zeitraum der Fortdauer der höheren Gewalt insoweit von den Pflichten des Vertrages entbunden, insbesondere gerät der Auftraggeber nicht in Annahmeverzug.

9.10.2 Der Auftragnehmer hat bei der Leistungserbringung zu berücksichtigen, dass insbesondere auch bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite (z.B. Covid), dem Ukraine-Krieg oder Ereignissen mit vergleichbaren Auswirkungen der Bedarf an den Lieferwaren weiter fortbesteht. Epidemische Lagen von nationaler Tragweite (z.B. Covid), der Ukraine-Krieg oder Ereignisse mit vergleichbaren Auswirkungen stellen somit nur aufgrund besonderer Umstände einen Fall höherer Gewalt im Sinne dieses Vertrages dar.

9.11 Schlussbestimmungen

9.11.1 Die Benennung des Auftraggebers als Referenzauftraggeber ist nur mit vorheriger Zustimmung in Textform zulässig. Die Entscheidung über die Erteilung einer Zustimmung ist von den Umständen des Einzelfalls abhängig und der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf die Erteilung einer Zustimmung.

9.11.2 Dieser Vertrag enthält alle zwischen den Parteien zum Vertragsgegenstand getroffenen Vereinbarungen. Nebenabreden bestehen zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht.

9.11.3 Ohne Zustimmung des Auftraggebers dürfen Ansprüche aus diesem Vertrag weder ganz noch teilweise an Dritte abgetreten werden. § 354 a Abs. 1 S. 3 HGB bleibt hiervon unberührt.

9.11.4 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform. Dies gilt auch für eine Änderung dieser Textformklausel.

9.11.5 Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Berlin.

9.11.6 Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden oder sollte sich eine Lücke in diesem Vertrag ergeben, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung oder zur Ausfüllung der Lücke gilt mit Rückwirkung diejenige wirksame und durchführbare Regelung als vereinbart, die rechtlich und wirtschaftlich dem am nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrages gewollt hätten, wenn sie diesen Punkt beim Abschluss dieses Vertrages bedacht hätten.

☐ Die sonstigen Vereinbarungen ergeben sich aus Anlage Nr. ____.

[Der Vertrag kommt mit Zuschlagserteilung zustande und wird durch die Parteien nicht deklaratorisch gegengezeichnet.]



-----BEGIN EVB-IT digital Repro-Code-----

[illegible]

-----END EVB-IT digital Repro-Code-----